

Grünliberale Partei Kanton Bern

## Vernehmlassungsantwort

Thema	Vernehmlassung Bevölkerungsschutzgesetz (KBSG) und Zivilschutzgesetz (KZSG)
Für	Marianne Schild (Grossrätin), Tel. 079 295 82 17
Rückfragen	
Absender	Grünliberale Partei Kanton Bern, Postfach 2436, 3001 Bern E-Mail: <a href="mailto:be@grunliberale.ch">be@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.be.grunliberale.ch">www.be.grunliberale.ch</a>
Datum	22. Juni 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Grünliberale Partei Bern begrüßt die Revision beider Gesetze zur möglichst raschen Ablösung der Einführungsverordnung durch formelle Gesetze. Dabei sollten wir jedoch darauf achten, dass dies nicht zu einer zusätzlichen Belastung für die Gemeinden führt, da diese bereits heute teilweise überfordert sind.

Langfristig sprechen wir uns für eine Vergrößerung der ZSO-Regionen aus, die Reduktion auf ein oder zwei kantonale Ausbildungszentren und eine bessere Synergienutzung mit der Feuerwehr und anderen Akteuren. Der Zivilschutz hängt nicht nur von der Infrastruktur und dem Material ab, sondern insbesondere vom Engagement qualifizierten Personals aller Geschlechter. Die Ausbildung und Weiterbildungskurse sollten darauf abzielen, motiviertes Personal aufzubauen, das einen Sinn in seiner Tätigkeit und insbesondere in den Weiterbildungskursen sieht.

Nun zu den Details des KBSG:

- Art. 47, Wirtschaft

Eine Wirtschaft kann nicht handeln und vertreten. Gemeint sind Organe von Handelsgesellschaften und anderer wirtschaftlich tätigen Gesellschaften des privaten Rechts. Die "Wirtschaft" ist ein sehr unbestimmter Begriff. Wir regen an, diesen Begriff zu präzisieren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Wir hoffen, dass unsere Anregungen bei der weiteren Gestaltung der Gesetze berücksichtigt werden.

Freundliche Grüsse

Casimir von Arx  
Grossrat, Präsident Grünliberale Kanton Bern

Marianne Schild  
Grossrätin